

100 Tage vor der Wahl – Podiumsdiskussion des HHHK mit den Spitzenkandidaten der Hessischen Landtagswahl 2023

11. Juli 2023, Kurhaus Wiesbaden

Themenblock 1: Arbeitskräftesicherung & qualifizierte Zuwanderung

Kirsten Schoder-Steinmüller

Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertags e.V.

Kirsten Schoder-Steinmüller ist HHHK-Präsidentin seit 2021, Präsidentin der IHK Offenbach seit 2017 sowie DIHK-Vizepräsidentin seit 2023 und dort Mitglied im Ausschuss für Außenwirtschaft. Sie ist geschäftsführende Gesellschafterin der Schoder GmbH, einem mittelständischen metallverarbeitenden Betrieb, den sie in mittlerweile vierter Generation gemeinsam mit ihrer Tochter führt. Aus ihrer unternehmerischen Tätigkeit sind ihr die zunehmenden Herausforderungen bei der Gewinnung von Fachkräften und Auszubildenden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bestens bekannt.



Liebe Kandidaten, sehr geehrte Damen und Herren,

den Unternehmen fehlen Fachkräfte! Auch in meinem Betrieb spüren wir, dass es immer schwieriger wird, freie Stellen zu besetzen. Damit sind wir keine Ausnahme. In der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage wird der Fachkräftemangel als das größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen bezeichnet. 57 Prozent der Unternehmen nennen dieses Risiko. Damit liegt es sogar noch vor den Energie- und Rohstoffpreisen.

Ohne Gegenmaßnahmen wird der demografische Wandel die Situation in Zukunft noch verschlechtern, zumal sich auch die ohnehin schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die zunehmend notwendige Pflege älterer Angehöriger nicht gerade verbessern wird. Laut dem IHK-Fachkräftemonitor könnten bis 2035 in Hessen zusammengerechnet eine halbe Million Fachkräfte fehlen, fast jede vierte Stelle könnte dann nicht mehr besetzt werden. Dabei fehlen vor allem beruflich qualifizierte Fachkräfte. Neben einer besseren Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen liegt aus Sicht der hessischen IHKs die Lösung für das

Problem zum einen in attraktiven Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung, und zum anderen in der qualifizierten Zuwanderung aus dem Ausland.

Die duale Ausbildung braucht attraktivere Rahmenbedingungen: Die Qualität im Lernort Betrieb verantwortet der Betrieb, auch mit Unterstützung der IHKs. Die Qualität am Lernort Berufsschule verantworten der kommunale Schulträger und die Landespolitik. Hier sind Berufsschulen häufig im Hintertreffen: Es fehlen Lehrkräfte an sich. Es fehlen Lehrkräfte, die sich weiterbilden. Und es fehlt an zeitgemäßer Ausstattung. Obwohl Ausbildungsberufe nach bundeseinheitlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen, unterscheiden sich der Unterricht, die Ausstattung und das Know-how von Lehrkräften. Insbesondere Unternehmen mit vielen Niederlassungen stellt das vor große Herausforderungen. Und: trotz Digitalpakt und den Erfahrungen mit Distanzunterricht sind Hessens Berufsschulen wieder völlig auf den Präsenzunterricht zurückgegangen. Dabei böte sich bei den vielen Regional- und Landesfachklassen in Hessen ein begleitender digitaler Unterricht bzw. digitaler Austausch zwischen den Blockphasen an.

Last, but not least: Wir brauchen die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland. Sie ist ein wesentlicher Hebel zur Linderung des Fachkräftemangels. Im Zuge der Beratung von Unternehmen durch IHK-Mitarbeiter bezüglich der Fachkräfteeinwanderung sind Verbesserungsmöglichkeiten offensichtlich geworden. So sollte eine „Zentrale Ausländerbehörde“ in Hessen eingerichtet werden. Dadurch könnten die Fachkräfteverfahren hessenweit gebündelt und im Rahmen von einheitlichen Verwaltungsprozessen schneller bearbeitet werden.

Fragen an die Podiumsteilnehmer:

Wie werden Sie dafür sorgen, dass es einen landesweit einheitlichen hohen Standard für Ausstattung und Infrastruktur an Berufsschulen gibt, um für gleiche Ausbildungsverhältnisse in bundesweit einheitlichen Ausbildungsberufen zu sorgen?

Wie steht Ihre Partei der Forderung zur Einführung einer Zentralen Ausländerbehörde gegenüber? Wenn nein, welche anderen Ansätze sehen Sie, um die Verwaltungsprozesse (im Einflussbereich des Landes) bei der Fachkräftezuwanderung zu vereinfachen?

Themenblock 2: Fläche & Mobilität

Ulrich Caspar

Vizepräsident des Hessischen Industrie- und Handelskammertags e.V.

Ulrich Caspar, Diplom-Betriebswirt, ist seit 2021 Vizepräsident des HIKK sowie seit 2019 Präsident der IHK Frankfurt am Main und seit 2016 Mitglied des IHK-Verkehrsausschusses. Zudem engagiert er sich bei der DIHK als Präsidiumsmitglied und als Vorsitzender des Bau- und Immobilienausschusses. Darüber hinaus ist der gebürtige Frankfurter Vorsitzender der Wirtschaftsinitiative Perform Zukunftsregion FrankfurtRheinMain. Er hat in Darmstadt und Frankfurt Wirtschaftsingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre, Politische Wissenschaften, Soziologie und Geschichte studiert und ist seit über 42 Jahren als Unternehmer mit einer Immobilienunternehmensgruppe und in Aufsichtsräten tätig.



Liebe Kandidaten, sehr geehrte Damen und Herren,

die hessischen Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen. Der eben diskutierte Fachkräftemangel, die volatilen Energie- und Rohstoffpreise und nicht zuletzt die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität erfordern eine tiefgreifende Veränderung der Unternehmen und ihrer Geschäftsmodelle. Ein Grundpfeiler für das wirtschaftliche Wachstum des Landes ist eine ausreichende Versorgung mit schnell verfügbaren, gut angebundenen und bezahlbaren Industrie-, Gewerbe- und Wohnflächen.

In vielen Regionen in Hessen werden die Gewerbeflächenpotenziale immer knapper und hemmen somit die Entwicklung für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen.

Parallel nimmt die Bedeutung der Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftemangels für viele Unternehmen in Hessen immer mehr zu. Fehlende Baulandausweisungen und eine zu geringe Bautätigkeit in den vergangenen Dekaden haben zu dieser Angebotslücke geführt. Aktuell finden Fach- und Arbeitskräfte – insbesondere in den Kernstädten und den Ballungsräumen Hessens – kaum noch verfügbaren und beziehbaren Wohnraum.

Angesichts der Flächenknappheit sind jetzt seitens der Politik schnelle und zukunftsichere Entscheidungen zu treffen, denn: Wirtschaft braucht Fläche, Fachkräfte brauchen Wohnraum!

Liebe Kandidaten, sehr geehrte Damen und Herren,

die Stärke der hessischen Wirtschaft, und damit auch unser Wohlstand, ist auch davon abhängig, ob die hessischen Unternehmen ihre Produkte reibungslos bis zu ihren Kunden transportieren können. Zum einen betrifft dies die LKW-Fahrer, zum anderen die Infrastruktur.

Pro Jahr gehen deutlich mehr Berufskraftfahrer in Rente als neue nachkommen. Den demographischen Wandel können wir nicht ändern. Aber es kann dafür Sorge getragen werden, die Arbeit als Berufskraftfahrer attraktiver zu machen. Dazu gehört, dass die Politik für mehr und sichere Park- und Rastanlagen sorgt. Außerdem sollte sie bestehende Zugangshürden senken, wie beispielsweise die Anerkennung von Qualifikationen aus Drittstaaten.

Ebenso sollte die Politik durch intakte Infrastruktur dafür Sorge tragen, dass Transportwege kurz und berechenbar bleiben. Kaputte Brücken führen zu voll gesperrten Autobahnen und großen Umwegen, sodass Kunden mit längeren Lieferzeiten und höheren Preisen konfrontiert sind. Die hessische Wirtschaft wünscht sich daher ein klares Bekenntnis einer künftigen Landesregierung zu allen Projekten im vordringlichen Bedarf zur Engpassbeseitigung aus dem Bundesverkehrswegeplan sowie zur Finalisierung der Projekte zur deutschen Einheit. Dazu gehört auch die A44, die nach über dreißig Jahren immer noch auf ihre Fertigstellung wartet. Außerdem gilt es, die marode Brückeninfrastruktur zügig zu sanieren. Als Beispiel nenne ich die strategisch wichtige Bergshäuser Brücke, die das Autobahndreieck Süd 44/A7 anbindet. Aus unserer Sicht sollte auch der Ausbau von A5 und A3 nach den Vorschlägen des Bundes beschleunigt angegangen werden. Dies abzulehnen verlagert die Probleme nur in die Zukunft.

Darüber hinaus kann die Politik mit einer Strategie zur Sicherung und Neuausweisung von Logistikflächen dazu beitragen, dass mehr Güter auf der Schiene transportiert werden. Bisher ungenutzte Nebengleise bieten in unserer Region durch die Einrichtung von Ladestraßen noch ein großes Potential, Verkehre auf die Schiene zu verlagern. Darüber hinaus besteht eine dringende Notwendigkeit, verfügbare Flächen für die Entwicklung von Logistikhallen auszuweisen.

Fragen an die Podiumsteilnehmer:

Mit welchen (finanziellen) Instrumenten will Ihre Partei den Kommunen Anreize für die Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen setzen?

Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass der Gütertransport in Hessen schnell und zuverlässig läuft, damit Unternehmen in Hessen nicht in ihrer Wertschöpfung ausgebremst werden?

Themenblock 3: Energie & Nachhaltigkeit

Dr. Christian Gastl

Vizepräsident des Hessischen Industrie- und Handelskammertags e.V.

Dr. Christian Gastl ist IHK-Vizepräsident seit 2021, sowie Präsident der IHK Wiesbaden seit 2014. Der Diplom-Kaufmann ist Geschäftsführer der B + G Revisions- und Beratungsgesellschaft mbH sowie seit 2014 geschäftsführender Gesellschafter der GVR Steuerberatungsgesellschaft in Wiesbaden. CSR-Berichtspflichten, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und EU-Taxonomie: Die Herausforderungen, die diese Themen insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen stellen, kennt Dr. Christian Gastl unmittelbar aus der Beratung seiner Mandanten.



Liebe Kandidaten, sehr geehrte Damen und Herren,

bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Die Treibhausgasemissionen Hessens sollen im Vergleich zum Jahr 1990 kontinuierlich bis zum Jahr 2030 um 65 Prozent sinken. Der Abbau der Treibhausgasemissionen in Hessen stagniert allerdings. Der von der Landesregierung angekündigte Ausbau erneuerbarer Energien kommt kaum voran. Hessen bleibt, wie kein anderes Flächenland, auf Energieimporte angewiesen. Und dass bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf.

Nach Berechnungen der Stromnetzbetreiber wird der Strombedarf Hessens von 33,7 Terrawattstunden im Jahr 2019 auf über 83 Terrawattstunden im Jahr 2037 steigen. Für das Jahr 2045 wird ein Bedarf von über 90 Terrawattstunden erwartet. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind die Elektrifizierung des Verkehrssektors durch E-Autos, im Bereich Wärme durch zusätzliche Wärmepumpen, aber auch die Umstellung industrieller Produktionsverfahren, der Markthochlauf von Wasserstoff sowie der Ausbau der Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet.

Die Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel. Die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität fällt mit hohen Energiepreisen, Inflation und dem Fachkräftemangel zusammen. Gleichzeitig müssen die hessischen Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Selten stand die Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten vor ähnlich großen Herausforderungen. Für die Transformation muss klimaneutraler Strom und Wasserstoff in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Das Thema Nachhaltigkeit insgesamt ist sehr präsent in der Wirtschaft und

gewinnt zunehmend an Bedeutung. Ich selbst bin Wirtschaftsprüfer und Steuerberater und meine Mandanten berichten mir von umfangreichen Fragebögen von Kunden, die sie ausfüllen müssen.

Die derzeitigen Gesetzgebungsverfahren der EU wie die EU-Taxonomie, die CSRD-Richtlinie, Sustainable Finance und schließlich auch das hiesige Lieferkettengesetz stellen die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen ohne große eigene Rechts- und Nachhaltigkeitsabteilung, vor große Herausforderungen. Ihnen drohen entscheidende Wettbewerbsnachteile. In vielen Unternehmen, gerade wenn sie nicht kapitalmarktorientiert sind, fehlen bisher Strukturen und Expertise, um die Einhaltung der Anforderungen sicherzustellen. Für viele könnten die neuen hochkomplexen Regelungen deshalb überfordernd sein. Es ist auch Aufgabe einer Landesregierung darauf hinzuwirken, dass die Berichtspflichten nicht zu einem „Bürokratiemonster“ werden bzw. das Bürokratiemonster zu zähmen.

Fragen an die Podiumsteilnehmer:

Mit welchen Strategien zur klimaneutralen Stromerzeugung wollen Sie der Verdreifachung des Strombedarfs begegnen und ausreichende Mengen von Wasserstoff dem Markt zur Verfügung stellen?

Man gewinnt den Eindruck, dass die Landesregierung sich dieser Gesetzesflut (die EU-Taxonomie, die CSRD-Richtlinie) hilflos ausgeliefert sieht. Was will und kann eine zukünftige Landesregierung tun, um dieser praxisfernen und bürokratischen Vorgehensweise Einhalt zu bieten, um insbesondere – aber nicht nur – kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten?

